

Prüfungsbericht

Jahresabschluss und Lagebericht
für das Wirtschaftsjahr 2015

**Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
Landkreis Ahrweiler
Bad-Neuenahr-Ahrweiler**

Ausfertigung Nr. X

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bezeichnung
ESG Ahrweiler, Eigenbetrieb oder ESG	Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler
EigAnVO RP	Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung Rheinland-Pfalz
GemO RP	Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf
IDW PS	IDW Prüfungsstandard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Prüfungsauftrag	1
B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	2
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	4
1. Gegenstand der Prüfung	4
2. Art und Umfang der Prüfung	4
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	7
1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	7
a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	7
b) Jahresabschluss	7
c) Lagebericht	8
2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	8
E. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	9
1. Ertragslage	9
2. Vermögenslage	10
3. Finanzlage	13
F. Prüfungsfeststellungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	15
G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	16

Jahresabschluss und Lagebericht

Bilanz zum 31. Dezember 2015	Anlage 1
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015	Anlage 2
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 3
Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 4
Forderungsspiegel und Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2015	Anlage 5
Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015	Anlage 6

Anlagen des Abschlussprüfers

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Grundlagen	Anlage 7
Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG (IDW PS 720)	Anlage 8
Allgemeine Auftragsbedingungen	Anlage 9

A. Prüfungsauftrag

In der **Sitzung des Kreistages des Landkreises Ahrweiler des**

Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler,
Bad-Neuenahr-Ahrweiler,

vom 9. Oktober 2015 wurden wir zum Abschlussprüfer für das Wirtschaftsjahr 2015 gewählt. Die Werkleitung des Eigenbetriebs beauftragte uns daraufhin, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 nach § 27 EigAnVO RP i. V. m. § 89 GemO RP und den §§ 316 ff. HGB, unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und den Lagebericht zu prüfen.

Darüber hinaus wurden wir von der Werkleitung beauftragt, die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, insbesondere unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards IDW PS 720, zu prüfen und hierüber zu berichten.

Grundlagen für die Prüfung sind der in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebs erstellte Jahresabschluss und Lagebericht sowie die von der Werkleitung zur Verfügung gestellten Unterlagen und Angaben.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Die Durchführung der Prüfung, deren Umfang und die Berichterstattung richteten sich nach der GemO RP, der EigAnVO RP und der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen.

Der Abfassung des Prüfungsberichts liegen die „Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen“ (IDW PS 450) zu Grunde.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage 9 beigefügten „Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften“ in der Fassung vom 1. Januar 2002 maßgebend. Die Höhe unserer Haftung bestimmt sich nach Nr. 9 Abs. 2 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.

B. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Der Lagebericht der Werkleitung enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zur künftigen Entwicklung des Eigenbetriebs:

1. Neben einer Vielzahl von Unterhaltungsmaßnahmen im Gebäudebestand wurde das Bewegungsbad an der Levana-Schule im Mai 2015 in Betrieb genommen. Darüber hinaus erfolgte die Umsetzung des ersten Bauabschnitts zur energetischen Sanierung der Berufsbildenden Schule. Ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt im Bereich des Gebäudemanagement bildet nach wie vor die Umsetzung der im Jahr 2012 durchgeführten Gefahrenverhütungsschau an den kreiseigenen Gebäuden. Die durchzuführenden Maßnahmen werden sich umfang- und planungsbedingt teilweise noch bis in die Folgejahre erstrecken. Der Jahresgewinn 2015 beträgt TEUR 540 (i. V. TEUR 47).
2. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich zum 31.12.2015 auf rd. EUR 51,4 Mio. Im vergangenen Jahr musste - erstmals seit 2011 - wieder ein Investitionskredit zur Finanzierung des Bewegungsbades sowie des ersten Bauabschnitts der energetischen Sanierung der Berufsbildenden Schule aufgenommen werden.
3. Die Vermögenslage des Eigenbetriebs ist stabil. Die Anlagenintensität beträgt 99,4 % nach 99,6 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich von 26,5 % auf 26,9 %.
4. Der Betrieb und die laufende Unterhaltung der Schulgebäude wird sich nach wie vor im Wesentlichen auf bauliche Gefahr- und Krisenpräventionsmaßnahmen sowie die laufende Instandhaltung an den Gebäude beschränken. Nach Fertigstellung des therapeutischen Bewegungsbades an der Levana-Schule sind keine weiteren Neubaumaßnahmen im Bereich der Schulen erforderlich. Zwischenzeitlich ist eine bauliche Bestandsaufnahme aller kreiseigenen Gebäude erfolgt. Aufbauend auf den daraus gewonnenen Erkenntnissen soll ein „Bauerhaltungsprogramm“ entwickelt werden, das den mittelfristigen Fahrplan für die Unterhaltungsmaßnahmen an den kreiseigenen Gebäuden festlegt. Dies wird voraussichtlich im kommenden Jahr der Fall sein.
5. Die vom Landkreis Ahrweiler aus der Schulträgerschaft und der Schulverwaltung übertragenen Aufgaben werden vom Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement auch weiterhin ausgeführt. Da die hierbei entstehenden Kosten einen vertraglich festgeschriebenen Ausgleich durch den Landkreis erfahren, sind Risiken in der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes auszuschließen.

Wir stellen fest, dass die Darstellung und Beurteilung der **Lage des Eigenbetriebs** im Jahresabschluss und im Lagebericht durch die Werkleitung zutreffend ist und mit den von uns im Rahmen der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht. Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt.

Ergänzend verweisen wir auf die in Abschnitt E. enthaltenen Darstellungen zu der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

1. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand der Abschlussprüfung sind der nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften erstellte Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - des Eigenbetriebs zum 31. Dezember 2015 unter Einbeziehung der zu Grunde liegenden Buchführung und der Lagebericht.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebs.

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir den Jahresabschluss auf die Einhaltung der einschlägigen handels- und landesrechtlichen Vorschriften, der sie ergänzenden Bestimmungen der Satzung und der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Die Beachtung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie eine Stellungnahme zur Angemessenheit des Versicherungsschutzes waren nicht Gegenstand unseres Auftrags. Die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z. B. Untreuehandlungen oder Unterschlagungen, sowie die Feststellung außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten sind nicht Gegenstand der Abschlussprüfung.

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und den Prüfungsstandard IDW PS 720 beachtet. Nur in diesem Rahmen erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

2. Art und Umfang der Prüfung

Die Prüfungsarbeiten haben wir mit Unterbrechungen in den Räumen der Gesellschaft in Bad Neuenahr-Ahrweiler sowie in unserem Büro in der Zeit vom 2. Mai bis 15. August 2016 durchgeführt.

Einzelheiten über die Prüfungsdurchführung nach Art, Umfang und Ergebnis haben wir in unseren Arbeitspapieren festgehalten.

Prüfungsstrategie

Unsere Prüfung haben wir gemäß den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB unter Beachtung der vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen in Verbindung mit § 89 GemO RP, der EigAnVO RP und der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen RP vorgenommen.

Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit Unrichtigkeiten und Verstöße erkannt werden, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken.

Ausgangspunkt der Prüfung war der von der BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Bonn, geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss der Gesellschaft für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2014. Zur Prüfung der Eröffnungsbilanzwerte haben wir den Prüfungsbericht des Vorjahresprüfers durchgesehen. Hierbei haben wir insbesondere die Bilanzidentität sowie die Anwendung zulässiger Ausweis-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geprüft. Es wurden keine Besonderheiten festgestellt, so dass wir auf eine Kontaktaufnahme mit dem bisherigen Abschlussprüfer verzichtet haben.

Der Prüfung liegt ein risikoorientierter Prüfungsansatz zu Grunde, der insbesondere auf Kenntnissen der Geschäftstätigkeit, des wirtschaftlichen und rechtlichen Umfelds des Eigenbetriebs sowie auf einer Analyse der Risikofelder basiert.

Ausgehend von einer Beurteilung der innewohnenden Risiken, des Kontrollumfeldes sowie des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems haben wir ein Risikoprofil für den Jahresabschluss erstellt. Hierauf aufbauend haben wir Art und Umfang analytischer (Plausibilitätsbeurteilungen) und sonstiger einzelfallbezogener Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei haben wir die Grundsätze der Wesentlichkeit und Wirtschaftlichkeit beachtet.

Unsere Prüfungsstrategie für das Berichtsjahr hat in der Hauptprüfung zu folgenden Prüfungsschwerpunkten geführt:

- Sachanlagevermögen
- Sonderposten
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
- Umsatzrealisierung
- periodengerechte Erfassung der Aufwendungen

Im Rahmen der Prüfung des Lageberichts haben wir die Vollständigkeit und Plausibilität der Angaben unter Berücksichtigung unserer Erkenntnisse, die wir während der Abschlussprüfung gewonnen haben, beurteilt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Nachweise und eingeholte Bestätigungen Dritter

Saldenbestätigungen zur Überprüfung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden in Stichproben zum Bilanzstichtag eingeholt.

Bankbestätigungen wurden lückenlos eingeholt.

Bei der Prüfung der versicherungsmathematischen Berechnung der Altersteilzeitverpflichtungen haben wir die Ergebnisse der versicherungsmathematischen Gutachten der Rheinischen Versorgungskassen, Köln, bzw. der PPA Pfälzische Pensionsanstalt, Bad Dürkheim, zum 31. Dezember 2015 verwertet.

Auskünfte, Vollständigkeitserklärung

Auskünfte erteilten uns der Werkleiter, Herr Jörg Hamacher und Herr Birkenbeil (stellvertretender Werkleiter). Die erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden uns bereitwillig gegeben.

Die Werkleitung haben uns die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses sowie die weiteren nach IDW PS 303 erforderlichen Informationen in einer schriftlichen Erklärung bestätigt. In dieser Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebs wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Wirtschaftsjahres haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

1. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

a) Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das Rechnungswesen (Sachkonten-, Debitoren- und Kreditoren- und Anlagenbuchhaltung) wird über KIS-Standard-Programme geführt. Die Geschäftsvorfälle werden, soweit wir dies durch in berufsüblichem Umfang durchgeführte stichprobenweise Prüfungen feststellen konnten, vollständig, fortlaufend und zeitnah erfasst. Für Journale, Sach- und Personenkonten besteht Ausdruckbereitschaft.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind ordnungsgemäß nachgewiesen.

Die aus weiteren geprüften Unterlagen (z. B. Planungsrechnungen, Verträge) entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Zusammenfassend kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen ordnungsmäßig sind und den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

b) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 ist - ausgehend von den Zahlen der Vorjahresbilanz - aus der Buchführung und den Inventarverzeichnissen richtig entwickelt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wurden unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zutreffend nach den für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Die Angaben und Erläuterungen im Anhang sind vollständig und zutreffend.

c) Lagebericht

Der als Anlage 6 beigefügte Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften und steht im Einklang mit dem Jahresabschluss und unseren bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er gibt den Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Eigenbetriebs zutreffend wieder.

Die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sind durch die gesetzlichen Vertreter zutreffend dargestellt.

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung sind nach unserer Beurteilung zutreffend und ausreichend.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen in Abschnitt B.1.

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres war nach Aussage der Werkleitung und nach dem Ergebnis unserer Prüfung nicht zu berichten.

2. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Gemäß § 321 Abs. 2 Satz 4 HGB ist auf wesentliche Bewertungsgrundlagen, den Einfluss von Änderungen in den Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensentscheidungen sowie auf sachverhaltsgestaltende Maßnahmen einzugehen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den gesetzlichen Vorschriften und ist im Anhang dargestellt.

Änderungen in den wesentlichen Bewertungsgrundlagen einschließlich der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten und der Ausnutzung von Ermessensspielräumen sowie sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die sich wesentlich auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, haben sich nach unseren Feststellungen nicht ergeben.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs.

E. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**1. Ertragslage**

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung haben wir die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2015		2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	11.428	93,9	10.848	90,8	580	5,4
Sonstige betriebliche Erträge ohne Auflösung Sonderposten	748	6,1	1.094	9,2	-346	-31,6
Betriebsleistung	12.176	100,0	11.942	100,0	234	2,0
Personalaufwand	1.884	15,5	1.839	15,4	45	2,5
Abschreibung (planmäßig), saldiert mit Auflösung Sonderposten	2.043	16,8	1.978	16,6	65	3,3
Gebäudekosten	3.305	27,1	3.775	31,6	-470	-12,5
Schulbetrieb	2.109	17,3	1.945	16,3	164	8,4
übrige Aufwendungen	355	2,9	382	3,2	-27	-7,1
Betriebsergebnis (EBIT)	2.480	20,4	2.023	16,9	457	22,6
Finanzergebnis	-1.946	-16,0	-1.976	-16,5	30	1,5
Jahresergebnis	534	4,4	47	0,4	487	-

Das **Finanzergebnis** setzt sich wie folgt zusammen:

	2015	2014
	TEUR	TEUR
Zinserträge	2	12
Zinsaufwendungen	1.948	1.988
	-1.946	-1.976

Wegen weiterer Analysen zur Ertragslage verweisen wir auf den Lagebericht (Anlage 6).

2. Vermögenslage

Zur Darstellung der Bilanzstruktur haben wir die Vermögens- und Schuldposten entsprechend ihrer Verwertbarkeit bzw. Fälligkeit gegliedert. Forderungen und Schulden, die - vom Bilanzstichtag an gerechnet - innerhalb eines Jahres fällig sind, werden als kurzfristig angesehen. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind den kurzfristigen Aktiva zugeordnet.

Aktiva

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Immaterielle						
Vermögensgegenstände	4.165	2,7	4.248	2,7	-83	-2,0
Sachanlagen	153.082	96,7	153.872	96,9	-790	-0,5
Finanzanlagevermögen	27	0,0	27	0,0	0	0,0
Anlagevermögen	157.274	99,4	158.147	99,6	-873	-0,6
Forderungen an das Land	50	0,0	30	0,0	20	66,7
Mittelfristige Forderungen des Umlaufvermögens	50	0,0	30	0,0	20	66,7
Forderungen an den						
Einrichtungsträger	761	0,5	0	0,0	761	0,0
Forderungen an das Land	70	0,0	503	0,3	-433	-86,1
Übrige Aktiva	105	0,1	141	0,1	-36	-25,5
Umlaufvermögen	936	0,6	644	0,4	292	45,3
	158.260	100,0	158.821	100,0	-561	-0,4

Passiva

	31.12.2015		31.12.2014		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Stammkapital	25	0,0	25	0,0	0	0,0
Zweckgebundene Rücklagen	128	0,1	128	0,1	0	0,0
Allgemeine Rücklagen	41.144	26,0	41.144	25,9	0	0,0
Bilanzgewinn	1.256	0,8	769	0,5	487	63,3
Sonderposten aus Zuwendungen	62.356	39,4	63.324	39,9	-968	-1,5
Wirtschaftliches Eigenkapital	104.909	66,3	105.390	66,4	-481	-0,5
Rückstellungen	68	0,0	135	0,1	-67	-49,6
Bankverbindlichkeiten	44.802	28,3	47.495	29,9	-2.693	-5,7
Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungsträger	197	0,1	108	0,1	89	82,4
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land und anderen Gebietskörperschaften	593	0,4	644	0,4	-51	-7,9
Mittel- und langfristiges Fremdkapital	45.660	28,8	48.382	30,5	-2.722	-5,6
Rückstellungen	216	0,1	151	0,0	65	43,0
Bankverbindlichkeiten	6.620	4,3	1.799	1,1	4.821	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	793	0,5	727	0,5	66	9,1
Verbindlichkeiten gegenüber Einrichtungsträger	10	0,0	2.017	1,3	-2.007	-99,5
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land und anderen Gebietskörperschaften	51	0,0	321	0,2	-270	-84,1
Übrige Passiva	1	0,0	34	0,0	-33	-97,1
Kurzfristiges Fremdkapital	7.691	4,9	5.049	3,1	2.642	52,3
	158.260	100,0	158.821	100,0	-561	-0,4

Das **mittel- und langfristig gebundene Vermögen** macht 99,4 % des Gesamtvermögens aus (i. V. 99,6 %). Es ist nach wie vor geprägt durch das Sachanlagevermögen. Dieses wiederum besteht überwiegend aus bebauten Grundstücken im Gesamtwert von TEUR 148.098 (i. V. TEUR 149.459).

Das **kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich um TEUR 292 oder 45,3 % auf TEUR 936 erhöht und bildet nun 0,6 % der Bilanzsumme.

Aus der Kassenführung durch den Landkreis Ahrweiler haben sich im Berichtsjahr Forderungen an den Einrichtungsträger in Höhe von TEUR 761 ergeben. Im Vorjahr ergaben sich Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis Ahrweiler in Höhe von TEUR 2.125.

Das **bilanzielle Eigenkapital** hat sich infolge des gegenüber dem Vorjahr höheren Jahresergebnis von TEUR 534 und unter Berücksichtigung der Ausschüttung des Jahresgewinns 2014 an den Einrichtungsträger von TEUR 47 insgesamt um TEUR 487 erhöht.

Das **wirtschaftliche Eigenkapital** des ESG umfasst darüber hinaus den Sonderposten aus Zuwendungen. Dieser hat sich gegenüber dem Vorjahr verringert, da die Zuführung von TEUR 127 weitaus geringer war als die Auflösung in Höhe von TEUR 1.095.

Das **mittel- und langfristige Fremdkapital** ist um TEUR 2.722 bzw. 5,6 % gesunken. Dies ergibt sich vor allem aus der Verminderung der Bankverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.693.

Die Erhöhung des **kurzfristigen Fremdkapitals** um insgesamt TEUR 2.642 oder 52,0 % resultiert aus verschiedenen, zum Teil gegenläufigen Einzelentwicklungen. So nahmen die Bankverbindlichkeiten um TEUR 4.821 zu, während die Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger um TEUR 2.007 und Verbindlichkeiten gegenüber dem Land und anderen Gebietskörperschaften um TEUR 270 abnahmen. Aus der Kassenführung durch den Landkreis Ahrweiler haben sich im Berichtsjahr Forderungen an den Einrichtungsträger in Höhe von TEUR 761 ergeben.

3. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt die folgende, nach allgemeinen Grundsätzen erstellte, **Kapitalflussrechnung** Aufschluss.

Der Finanzmittelfonds beinhaltet Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente.

	<u>2015</u> TEUR	<u>2014</u> TEUR
Jahresüberschuß/Jahresfehlbetrag	534	47
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	3.138	3.091
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-2	-312
+/- Auflösung des Sonderpostens auf Zuwendungen	-1.095	-1.112
-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	36	0
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	36	-48
+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	<u>62</u>	<u>-463</u>
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>2.709</u>	<u>1.203</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.081	-2.055
- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	<u>-220</u>	<u>-125</u>
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	<u>-2.301</u>	<u>-2.180</u>
+ Ausschüttung an den Einrichtungsträger	-47	-757
- Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und von (Finanz-) Krediten	-13.852	-2.007
+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	15.711	0
+ Zuführung zum Sonderposten für Zuwendungen	127	50
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen auf Zuwendungen	<u>413</u>	<u>56</u>
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>2.352</u>	<u>-2.658</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	2.760	-3.635
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>-1.999</u>	<u>1.636</u>
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>761</u>	<u>-1.999</u>

Der Finanzmittelfonds setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2015	31.12.2014
	TEUR	TEUR
	<hr/>	<hr/>
Forderungen/Verbindlichkeiten an den Einrichtungsträger im Rahmen der Führung der Einheitskasse	761	-1.999

F. Prüfungsfeststellungen gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG erstreckt sich nach den von Bund und Ländern entwickelten Grundsätzen darauf, ob die maßgebenden gesetzlichen und satzungsrechtlichen Bestimmungen beachtet wurden und eine ausreichende Sorgfalt bei der Ausübung der Geschäftstätigkeit wahrgenommen wurde. Gegenstand der Untersuchung ist die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungsinstrumentariums sowie der Geschäftsführungstätigkeit.

Der Prüfung liegt der Prüfungsstandard IDW PS 720 „Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG“ zu Grunde.

Unsere Prüfung hat keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung Anlass zu Zweifeln an der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung geben könnten (vgl. hierzu Anlage 8 des Berichts).

G. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem als Anlagen 1 bis 5 beigefügten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 sowie zum Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015 (Anlage 6) haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des **Eigenbetriebs Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler**, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Werkleitung des Eigenbetriebs. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 89 Abs. 3 GemO RP unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebs sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Werkleitung sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Bonn, 15. August 2016

Ebner Stolz GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft

gez.
Bernhard Holz
Wirtschaftsprüfer

gez.
Patrick Weist
Wirtschaftsprüfer

Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Elektronische Kopie

Anlagen

Elektronische Kopie

Anlage 1

Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Bilanz zum 31. Dezember 2015

A K T I V A	31.12.2015		Vorjahr		P A S S I V A	31.12.2015		Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR		EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Stammkapital	25.000,00		25.000,00	
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4.165.244,38		4.247.587,26	II. zweckgebundene Rücklagen (Zuweisungen und Zuschüsse)	127.599,55		127.599,55	
II. Sachanlagen					III. allgemeine Rücklage	41.144.195,67		41.144.195,67	
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten					IV. Gewinnvortrag	722.015,34		722.015,34	
a) Grundstücke mit Schulbauten	139.422.147,60		140.574.840,53		V. Jahresgewinn	534.175,86	42.552.986,42	47.374,68	42.066.185,24
b) Grundstücke mit Dienst-, Geschäfts- und Betriebsbauten	8.675.387,79		8.883.865,33		B. Sonderposten aus Zuwendungen				
2. Bauten auf fremden Grundstücken	146.097.535,39		149.458.705,86		1. Sonderposten aus Zuwendungen	62.251.489,78		63.068.836,03	
3. Kunstgegenstände, Denkmäler	79.232,68		82.534,00		2. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagen im Bau	105.000,00	62.356.489,78	255.000,00	63.323.836,03
4. technische Anlagen und Maschinen, Fahrzeuge	97.976,00		108.794,00		C. Rückstellungen				
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	353.631,10		390.056,84		Sonstige Rückstellungen	283.508,00	283.508,00	285.420,00	285.420,00
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2.823.386,82		2.884.359,60		D. Verbindlichkeiten				
	1.629.781,36	153.081.543,35	947.584,03	153.872.034,33	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.422.003,81		49.293.896,70	
III. Finanzanlagen					2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	792.721,56		735.541,40	
- Anteile an verbundenem Unternehmen		27.000,00		27.000,00	3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger	206.779,37		2.125.471,42	
		157.273.787,73		158.146.621,59	4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Land	0,00		269.289,56	
B. Umlaufvermögen					5. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gebietskörperschaften	644.160,76		695.388,35	
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.288,01	53.066.953,51	25.830,77	53.145.418,20
1. Forderungen an den Einrichtungsträger	760.775,74		0,00		E. Rechnungsabgrenzungsposten		104,00		0,00
2. Forderungen an das Land	120.421,00		533.472,56						
3. Forderungen an andere Gebietskörperschaften	542,54		4.995,00						
4. Forderungen an verbundene Unternehmen									
5. Sonstige Vermögensgegenstände	90.063,86	971.803,14	108.844,31	647.311,87					
C. Rechnungsabgrenzungsposten		14.450,84		26.926,01					
		158.260.041,71		158.620.859,47					
						158.260.041,71		158.620.859,47	

Elektronische Kopie

Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler
 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015

	2015			2014		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		11.428.189,64			10.847.626,16	
2. sonstige betriebliche Erträge		1.842.125,38	13.270.315,02		2.208.052,26	13.055.678,42
3. Personalaufwand						
a) Löhne und Gehälter	1.423.199,98			1.437.105,02		
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung EUR 100.180,24 (i. Vj. 136.932,66)	460.486,37			401.772,64		
		1.883.686,35			1.838.877,66	
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		3.137.489,97			3.090.598,92	
5. sonstige betriebliche Aufwendungen						
a) Kosten Gebäude/Instandhaltung/Energie/Betrieb		3.304.957,94			3.775.242,27	
b) Schulbetrieb/Unterricht/Kostenbeiträge		2.108.731,54			1.945.024,33	
c) sonstige Aufwendungen		353.796,15	10.788.661,95		381.256,25	11.030.999,43
			2.481.653,07			2.024.678,99
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.129,10			12.159,64	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.948.552,55	-1.946.423,45		1.988.373,81	-1.976.214,17
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			535.229,62			48.464,82
9. sonstige Steuern			1.053,76			1.090,14
10. Jahresgewinn			534.175,86			47.374,68

**Anhang des Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler,
Bad Neuenahr-Ahrweiler,
für das Wirtschaftsjahr 2015**

A. Vorbemerkungen

Der Kreistag des Landkreises Ahrweiler hat in seiner Sitzung am 16. November 2007 beschlossen, mit Wirkung zum 1. Januar 2009 gemäß § 57 LKO in Verbindung mit § 86 GemO in Verbindung mit den Bestimmungen der EigAnVO Rheinland-Pfalz einen Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement zu gründen.

Die Beschlussfassung über die Betriebssatzung des Eigenbetriebs Schul- und Gebäudemanagement des Landkreises Ahrweiler erfolgte in der Sitzung des Kreistages am 6. Juni 2008. Die Satzung wurde gemäß § 62 Landkreisordnung von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion genehmigt.

Gemäß § 1 der Betriebssatzung wurden dem Eigenbetrieb zugeordnet:

- a) alle dem Landkreis obliegenden Aufgaben der Schulverwaltung,
- b) der Schulgebäudebestand des Landkreises sowie die dem Landkreis vertraglich zur Nutzung für Schulzwecke überlassenen Gebäude einschließlich der den Objekten zuzuordnenden Grundstücke, die mit den aufstehenden Gebäuden eine wirtschaftliche Einheit bilden, sowie die Unterrichts- und Gebäudeausstattungsgegenstände und zum Übernahmestichtag vorhandenen Verbrauchsmaterialien,
- c) das Verwaltungsgebäude des Landkreises Ahrweiler mit den dem Gebäudebestand zuzuordnenden Grundstücken,
- d) die vom Landkreis übernommenen vertraglichen Verpflichtungen zum „Turm Hohe Acht“,
- e) die auf die Gebäude, Grundstücke und Ausstattungsgegenstände entfallenden Verbindlichkeiten,
- f) die Solarstrom Ahrweiler GmbH.

Gemäß § 3 der Betriebssatzung beträgt das Stammkapital des Eigenbetriebs EUR 25.000,00. Die Zahlung der Einlage leistete der Kreis Ahrweiler am 10. Dezember 2008.

Am 2. Januar 2009 wurde zwischen dem Landkreis Ahrweiler und dem Eigenbetrieb eine Vereinbarung geschlossen, welche die Übertragung von Grundbesitz, Gebäudebestand und Wirtschaftsgütern sowie ferner den Übergang von Darlehensverpflichtungen des Landkreises auf den Eigenbetrieb regelt. Ebenfalls wurden in diesen Vertrag die Übernahme von Personal des Landkreises sowie weiterhin Regelungen zu den gegenseitigen Rechtsbeziehungen, Zuständigkeiten und zur Abgrenzung der Aufgabenbereiche aufgenommen.

B. Gliederungsgrundsätze

Die Gliederung der Bilanz erfolgt nach § 23 EigAnVO und § 266 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß § 24 Abs. 1 EigAnVO in Verbindung mit § 275 Abs. 2 HGB (Gesamtkostenverfahren) gegliedert.

C. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 des Eigenbetriebs Schul- und Gebäudemanagement des Landkreises Ahrweiler wurde unter Berücksichtigung der handelsrechtlichen Vorschriften, der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO), der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) sowie der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) aufgestellt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

1. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um anteilige Abschreibungen, angesetzt.

Die Abschreibungen wurden gemäß der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer linear vorgenommen.

Für geringwertige Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der über fünf Jahre abgeschrieben wird.

Finanzanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten bewertet.

2. Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu Nominalwerten bilanziert.

Die liquiden Mittel wurden mit ihrem Nominalwert angesetzt.

3. Sonderposten

Sonderposten aus Zuwendungen wurden mit den Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt.

Zur Verbesserung der Bilanzklarheit wurde wegen der Zuwendungen für noch im Bau befindliche Anlagen das Gliederungsschema um einen entsprechenden Unterposten erweitert. Die hier ausgewiesenen Beträge sind zum Stichtag noch nicht um Auflösungen vermindert.

4. Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und die Rückstellungen für Beihilfen werden seit dem Jahresabschluss 2014 zentral beim Kreis bilanziert. Der ESG wird durch eine Vereinbarung mit dem Kreis zum 31. Dezember 2014 von der Verpflichtung freigestellt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

5. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem jeweiligen Erfüllungsbetrag passiviert.

Ab 2014 bilanziert der ESG die von ESG-Beamten erwirtschafteten Ansprüche für Rückstellungen für Pensionen sowie für Rückstellungen für Beihilfen, gem. Vereinbarung mit dem Kreis, als Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreis.

Die Verbindlichkeit für Pensionen wurde mit dem Barwert der anteiligen Rückstellung, und die Verbindlichkeit für Beihilfen wurde in Höhe des prozentualen Zuschlags auf die anteilige Pensionsrückstellung angesetzt.

Ein derivatives Finanzinstrument wird primär als Sicherungsinstrument genutzt.

D. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR
AKTIVA		
A. Anlagevermögen	157.273.787,73	158.146.621,59
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4.165.244,38	4.247.587,26
<u>Zusammensetzung:</u>		
a) EDV-Software	40.077,58	
b) geleistete Zuwendungen	2.904.707,57	
c) gezahlte Investitionszuschüsse (ESG als Nutzungsberechtigter)	1.220.459,23	
	<u>4.165.244,38</u>	

Zu b)

Leistungen des Kreises Ahrweiler für Schulbaumaßnahmen an Schulen in fremder Trägerschaft im Kreisgebiet (Umbau, Erweiterung, Sanierung, Neubau etc.) sowie Investitionszuschüsse für sonstige Anschaffungen.

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 4

Zu c)

Recht zur Nutzung der Holzhackschnitzelheizung am Schulzentrum Bachem durch die Levana- und Don-Bosco-Schule in Bad Neuenahr-Ahrweiler sowie Investitionszuschüsse für Maßnahmen an der Burgwegschule in Burgbrohl sowie der Grundschule in Adenau in Zusammenhang mit der Nutzung durch das Erich-Klausener-Gymnasium sowie an der IGS in Remagen.

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR
II. Sachanlagen	153.081.543,35	153.872.034,33
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	148.097.535,39	149.458.705,86
a) Grundstücke mit Schulbauten	139.422.147,60	140.574.840,53
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Realschule Ahrweiler	14.473.332,45	
- Realschule plus FOS Adenau	11.753.418,96	
- Peter-Jörres-Gymnasium	18.715.351,91	
- Erich-Klausener-Gymnasium	12.838.647,37	
- Rhein-Gymnasium	14.255.223,84	
- Are-Gymnasium	27.244.313,88	
- Don-Bosco-Schule	5.074.049,46	
- Levana-Schule	5.461.135,76	
- Janusz-Korczak-Schule	7.742.758,14	
- Nürburgringschule	1.058.100,16	
- Berufsbildende Schule	20.805.815,67	
	<u>139.422.147,60</u>	
b) Grundstücke mit Dienst-, Geschäfts- und Betriebsbauten	8.675.387,79	8.883.865,33

Der Posten enthält ausschließlich das Dienstgebäude der Kreisverwaltung Ahrweiler.

2. Bauten auf fremden Grundstücken	79.232,68	82.534,00
---	------------------	------------------

Es handelt sich um den Kaiser-Wilhelm-Turm auf der Hohen Acht.

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 5

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR
3. Kunstgegenstände, Denkmäler	97.976,00	108.794,00
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Kunst am Bau Peter-Joerres-Gymnasium	55.661,00	
- Kunst am Bau Berufsbildende Schulen	16.491,00	
- Kunst am Rhein-Gymnasium	12.602,00	
- Kunst am Bau Janusz-Korczak-Schule	9.073,00	
- Kunst am Bau Erich-Klausener-Gymnasium (EKG)	3.239,00	
- Stele/Gedenkstein Dr. Erich Klausener am EKG in Adenau	910,00	
	<u>97.976,00</u>	
4. Technische Anlagen und Maschinen, Fahrzeuge	353.631,10	390.056,84
<u>Zusammensetzung:</u>		
a) Fahrzeuge	12.905,34	
b) Maschinen und technische Anlagen	309.717,72	
c) Betriebsvorrichtungen	31.008,04	
	<u>353.631,10</u>	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.823.386,82	2.884.359,60
<u>Zusammensetzung:</u>		
a) Werkzeuge	17.711,59	
b) Sonstige Betriebsausstattung	2.830,00	
c) Geschäftsausstattung (auch Einrichtung Schulen)	2.802.845,23	
	<u>2.823.386,82</u>	

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 6

	31.12.2015	31.12.2014
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.629.781,36	947.584,03

Zusammensetzung:

- Realschule plus FOS Adenau	577.281,67
- Don-Bosco-Schule	171.910,62
- Levana-Schule	2.222,02
- Peter-Joerres-Gymnasium	611,48
- Erich-Klausener-Gymnasium	164.773,85
- Rhein-Gymnasium	18.880,30
- Berufsbildende Schule	694.101,42
	<u>1.629.781,36</u>

III. Finanzanlagen

- Anteile an verbundenem Unternehmen	27.000,00	27.000,00
---	------------------	------------------

Es handelt sich um 100 % der Anteile an der Solarstrom Ahrweiler GmbH, Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Der Jahresabschluss der Tochtergesellschaft zum 31. Dezember 2014 weist einen Jahresüberschuss in Höhe von EUR 337.683,24 und ein Eigenkapital von EUR 15.946.789,98 aus.

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 7

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR
B. Umlaufvermögen	971.803,14	647.311,87
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	971.803,14	647.311,87
1. Forderungen an den Einrichtungsträger	760.775,74	0,00
<p>Es handelt sich um die Forderung des Eigenbetriebs an den Kreis Ahrweiler im Rahmen der Führung der Einheitskasse. Der negative Saldo des Vorjahres wurde zum 31. Dezember 2014 als Verbindlichkeiten gegen den Einrichtungsträger ausgewiesen.</p>		
2. Forderungen an das Land	120.421,00	533.472,56
<p>Für den Nottreppenturm am Rhein-Gymnasium sind für 2016 TEUR 20 und für 2017 TEUR 20 terminiert.</p> <p>Für die Erneuerung des Bewegungsbades in der Levana-Schule sind in 2016 Mittel in Höhe von TEUR 40 und für 2017 TEUR 30 abrufbar. Für die Sanierung der Hallen- und Innenbeleuchtung der Sporthalle an der Realschule plus FOS Adenau stehen im Jahr 2016 Mittel in Höhe von TEUR 10 zur Verfügung.</p>		
3. Forderungen an andere Gebietskörperschaften	542,54	4.995,00
<p>Die Forderung besteht gegenüber der Verbandsgemeinde Adenau aus anteiligen Mieten für seitens des ESG bereitgestellte Räumlichkeiten.</p>		
4. Sonstige Vermögensgegenstände	90.063,86	108.844,31
<p>Hier handelt es sich um Forderungen gegenüber den Schulen auf Rückführung der Handkassenbestände in Höhe von insgesamt EUR 2.725,58 sowie um offene Forderungen aus Verpflegungskostenerstattungen.</p>		
C. Rechnungsabgrenzungsposten	14.450,84	26.926,01
<p>Es handelt sich überwiegend um die Abgrenzung der im Dezember gezahlten Dienstbezüge der Beamt/inn/en für Januar 2016.</p>		

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 8

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR
PASSIVA		
A. Eigenkapital	42.552.986,42	42.066.185,24
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. zweckgebundene Rücklagen (Zuweisungen und Zuschüsse)	127.599,55	127.599,55
III. allgemeine Rücklage	41.144.195,67	41.144.195,67
IV. Gewinnvortrag	722.015,34	722.015,34
V. Jahresgewinn	534.175,86	47.374,68
<p>Am 9. Oktober 2015 hat der Kreistag den Jahresabschluss 2014 festgestellt und die Ausschüttung des Jahresgewinns 2014 an den Landkreis Ahrweiler beschlossen.</p>		
B. Sonderposten	62.356.489,78	63.323.836,03
1. Sonderposten aus Zuwendungen	62.251.489,78	63.068.836,03
<p>Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen werden in den Sonderposten eingestellt und über die Nutzungsdauer der bezuschussten aktivierten Anlagegüter ertragswirksam aufgelöst.</p>		
2. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagen im Bau	105.000,00	255.000,00

	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR
C. Rückstellungen	283.508,00	285.420,00
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	0,00

Die Rückstellungen für Pensionen sowie die Rückstellungen für Beihilfen für Beamte wurden erstmals im Jahresabschluss 2014 zentral beim Landkreis bilanziert. Der ESG wird durch eine Vereinbarung mit dem Kreis zum 31. Dezember 2014 von den Verpflichtungen freigestellt. Lediglich die beim ESG erwirtschafteten Ansprüche der ESG-Beamten werden im Jahresabschluss 2015 des ESG erfasst. Die Bilanzierung erfolgt unter der Bilanzposition Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger.

2. sonstige Rückstellungen	283.508,00	285.420,00
-----------------------------------	-------------------	-------------------

<u>Entwicklung:</u>	Stand	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand
	1.1.2015	2015	2015	2015	31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
a) Urlaub	76.665,00	76.665,00	0,00	70.671,00	70.671,00
b) Überstunden	45.948,00	45.948,00	0,00	53.648,00	53.648,00
c) Altersteilzeit	147.807,00	39.618,00	0,00	0,00	108.189,00
d) Abschluss/Prüfung	15.000,00	15.000,00	0,00	21.000,00	21.000,00
e) ausstehende Rechnungen	0,00	0,00	0,00	30.000,00	30.000,00
	<u>285.420,00</u>	<u>177.231,00</u>	<u>0,00</u>	<u>175.319,00</u>	<u>283.508,00</u>

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
D. Verbindlichkeiten	53.066.953,47	53.145.418,20
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.422.003,81	49.293.896,70
<u>Zusammensetzung:</u>		
a) Darlehen KfW Kreditanstalt für Wiederaufbau	3.292.925,68	
b) Darlehen NRW.Bank	7.926.050,56	
c) Darlehen PSD Bank Koblenz eG	526.360,37	
d) Darlehen Landesbank Baden-Württemberg	12.720.643,97	
e) Darlehen Kreissparkasse Ahrweiler	22.413.817,71	
f) Darlehen Westfälische Landschaft Bodenkreditbank	2.342.205,52	
g) Darlehen Deutsche Kreditbank AG	2.200.000,00	
	<u>51.422.003,81</u>	
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	792.721,56	735.541,40
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger	206.779,37	2.125.471,42
<p>Ab 2014 werden alle Pensions- und Beihilferückstellungen zentral beim Landkreis Ahrweiler bilanziert.</p> <p>Der ESG weist ab 2014 lediglich die auf den ESG entfallenden Anteile an Pensions- und Beihilfeverbindlichkeiten als Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger aus. Die anteiligen</p> <p>Die Pensionsverbindlichkeiten betragen zum 31. Dezember 2015 für aktive Beamte EUR 79.674,00, für Versorgungsempfänger EUR 97.644,00. Die anteiligen Beihilfeverbindlichkeiten für aktive Beamte betragen EUR 5.401,88 und EUR 24.059,49 für Versorgungsempfänger.</p>		
4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Land	0,00	269.289,56

Es handelte sich um drei zinslose Darlehen des Landes, resultierend aus der Umsetzung des Konjunkturprogramms II, zur Vorfinanzierung des Eigenanteils des Landkreises an den Kosten der energetischen Sanierung des Rhein-Gymnasiums und der Janusz-Korczak-Schule in Sinzig in restlicher Höhe von EUR 119.586,28 und EUR 46.953,28 sowie der Kosten der Erweiterung der Levana-Schule in Bad Neuenahr-Ahrweiler in Höhe von EUR 102.750,00. Die Tilgung der Darlehen begann mit dem 16. Februar 2012 und endet am 16. November 2015.

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 11

	31.12.2015 EUR	31.12.2014 EUR
5. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gebietskörperschaften	644.160,76	695.388,35
<p>Der öffentlich-rechtliche Vertrag über den Übergang der Realschule Plus und Fachoberschule Adenau von der Verbandsgemeinde Adenau auf den Landkreis Ahrweiler regelt die Zahlung einer Ausgleichsleistung in jährlichen Teilbeträgen. Die letzte Zahlung ist im Jahr 2040 zu leisten.</p>		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	1.288,01	25.830,77
<p>Hierin sind eine Mietkaution in Höhe von EUR 850,00 enthalten sowie sonstige übrige Verbindlichkeiten über EUR 438,01.</p>		
7. Rechnungsabgrenzungsposten	104,00	0,00

Es handelt sich um die Abgrenzung der im Dezember erhaltenen Eigenanteile zur Beihilfe der Beamt/inn/en für Januar 2016.

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 12

Gewinn- und Verlustrechnung 2015

	2015 EUR	2014 EUR
1. Umsatzerlöse	11.428.189,64	10.847.626,16
a) Mieterlöse	6.198.927,64	5.642.103,44
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Mieterlöse Gebäude Kreisverwaltung Ahrweiler	750.000,00	
- Mieterlöse Schulen	5.400.000,00	
- Mieterlöse Dienstwohnungen	20.144,16	
- Mieterlöse sonstige	28.783,48	
	<u>6.198.927,64</u>	
b) Erlöse Nebenkosten	2.120.417,29	1.954.252,72
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Erlöse Mietnebenkosten Kreisverwaltung Ahrweiler	64.000,00	
- Erlöse Mietnebenkosten Schulen	2.050.000,00	
- Erlöse Mietnebenkosten Dienstwohnungen	6.417,29	
	<u>2.120.417,29</u>	
c) Sonstige Erlöse	3.108.844,71	3.251.270,00
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Erstattung übriger Sachkostenaufwand	3.100.000,00	
- sonstige Erlöse	8.844,71	
	<u>3.108.844,71</u>	

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 13

	2015	2014
	EUR	EUR
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.842.125,38	2.208.052,26

Zusammensetzung:

- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	0,00
- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.094.773,08
- Erträge aus der Erstattung von Verpflegungskosten der Schulen (Eltern)	253.956,92
- Erträge aus Zuwendungen für Mittagessen an Ganztagschulen (Bildung und Teilhabe)	24.884,96
- Erträge aus Zuwendungen für Mittagessen (Sozialfond)	2.848,47
- Erträge aus der Erstattung von Lernmittelkosten	23.234,40
- Verwaltungskostenpauschale des Landes nach § 9 LVO "Lernmittelfreiheit"	62.314,00
- Kostenerstattung des Landes für die Beschaffung der Lernmittel Schulbuchausleihe	127.733,46
- Entgelte für die Ausleihe von Schulbüchern	167.513,12
- Erträge aus sonstigen Kostenerstattungen	14.042,31
- Erträge aus sonstigen Verwaltungseinnahmen	27.172,26
- Erträge aus (Versicherungs-)Schäden	6.229,82
- Erträge aus Erstattungen nach dem Altersteilzeitgesetz	0,00
- Erträge aus Eigenanteilen Beihilfen	1.429,58
- Erträge aus Schadensersatzforderungen Schulbuchausleihe	15.101,51
- sonstige Erträge	15.265,29
- Erträge aus Zuschüssen	5.626,20
	<u>1.842.125,38</u>

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 14

	2015 EUR	2014 EUR
3. Personalaufwand	1.883.686,35	1.838.877,66
a) Löhne und Gehälter	1.423.199,98	1.437.105,02
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Dienstbezüge Beamte	139.116,89	
- Gehälter Beschäftigte	1.290.089,48	
- Leistungsprämie Beschäftigte	21.962,61	
- Veränderung Rückstellungen Personal (ohne Pensionen/Beihilfen)	-27.969,00	
	<u>1.423.199,98</u>	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	460.486,37	401.772,64
davon für Altersversorgung	188.958,91	136.932,66
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Sozialversicherung Beschäftigte	263.265,47	
- Beiträge RZVK Beschäftigte	100.180,24	
- Beiträge RVK Beamte		
- Beihilfe Beamte	8.261,99	
- Zuführung Rückstellung Beihilfen	16.895,67	
- Zuführung Pensionsrückstellungen	71.883,00	
	<u>460.486,37</u>	

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 15

	2015	2014
	EUR	EUR
<hr/>		
4. Abschreibungen		
- auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.137.489,97	3.090.598,82
 <u>Zusammensetzung:</u>		
- auf immaterielle Vermögensgegenstände Software	8.441,11	
- auf immaterielle Vermögensgegenstände aus geleistete Zuwendungen/Zuschüssen	293.857,05	
- auf Sachanlagen		
- auf Gebäude Schulen	2.081.727,09	
- auf Gebäude Kreisverwaltung Ahrweiler	208.477,54	
- auf Turm Hohe Acht	3.301,32	
- auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	28.432,18	
- auf Betriebsvorrichtungen	7.993,56	
- auf Betriebsausstattung	4.019,39	
- auf Geschäftsausstattung (auch Einrichtung Schulen)	494.471,73	
- auf geringwertige Anlagegüter	6.769,00	
	<hr/>	
	3.137.489,97	
	<hr/>	

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 16

	2015 EUR	2014 EUR
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.767.485,63	6.101.497,02
a) Kosten Gebäude/Instandhaltung/Energie/ Betrieb	3.304.957,94	3.775.242,27

Zusammensetzung:

- Planungskosten Projektierte Erhaltungsaufwendungen	26.911,21
- Krisenprävention	158.155,49
- bauliche Instandhaltung	795.008,43
- projektierte Erhaltungsaufwendungen	83.542,12
- Stromversorgung	297.140,09
- Wasser/Entwässerung	96.574,37
- Heizung	444.268,13
- Beleuchtung	102.769,78
- Grundbesitzabgaben	4.265,75
- Aufzugsanlagen/Haustechnik	104.472,90
- Ausschreibungen/Bekanntmachungen	4.171,85
- Unterhaltung Außenanlagen	57.858,32
- Werkzeuge und Kleingeräte	1.664,11
- Schornsteinreinigung, Messkosten	2.122,05
- Sach- und Haftpflichtversicherungen	89.862,06
- Abfallbeseitigung	55.414,22
- Reinigung	844.705,75
- Hygieneartikel und Ähnliches	49.049,76
- Miete und Nebenkosten Gesundheitsamt	25.285,86
- Miete und Nebenkosten Teilhabezentrum Adenau	13.851,70
- sonstige Betriebskosten	38.453,04
- sonstige Kosten Grundstücke und Gebäude	9.410,95
	<u>3.304.957,94</u>

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 17

	2015	2014
	EUR	EUR
b) Schulbetrieb/Unterricht/Kostenbeiträge	2.108.731,54	1.945.024,33
<u>Zusammensetzung:</u>		
- sonstige Versicherungen und Beiträge	327.337,92	
- Schulveranstaltungen	21.267,48	
- Kochunterricht	12.766,32	
- Fahrtkosten zum Schwimm-/Sportunterricht	15.360,10	
- Fahrtkosten zum Praktikum	719,50	
- Miete für Fachräume	7.965,45	
- Lehr- und Lernmittel	120.898,66	
- Materialkosten Schulwerkstätten	12.420,23	
- sonstige Kosten Unterricht/Schulbetrieb	1.871,68	
- Betriebskosten Ganztagschulen	292.251,52	
- Unterhaltungs- und Betriebskosten – Fremdgebäude	50.260,24	
- Miete Integrierte Gesamtschule Remagen	73.879,15	
- Betriebskosten Integrierte Gesamtschule Remagen	285.803,84	
- Kostenbeiträge für Schulen in fremder Trägerschaft	139.651,40	
- Gastschulbeiträge	85.105,08	
- Schulentwicklungsplanung	2.070,70	
- Aufwendungen für Beschaffung Lernmittel Schulbuchausleihe	134.040,23	
- Weiterleitung Entgelte Schulbuchausleihe an das Land	166.850,05	
- Kosten/Zubehör/Material für Hardware Schulbuchausleihe	2.467,00	
- Verwaltungskostenbeitrag an KV – Personal	278.962,94	
- Verwaltungskostenbeitrag an KV - Sachkosten	50.386,72	
- Personalkostenbelastungen Dritter	26.395,33	
	<u>2.108.731,54</u>	

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 18

	2015	2014
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
c) Sonstige Aufwendungen	353.796,15	381.256,25

Zusammensetzung:

- Kfz-Versicherung	3.087,60
- Kfz-Kosten	5.692,40
- Kilometergelder/Reisekosten	4.721,72
- Fortbildungskosten	1.048,05
- Telefon/Kommunikation	10.896,05
- Bürobedarf	96.598,30
- EDV Systembetreuung, Softwaresupport	78.819,51
- EDV Sachkosten	52.649,39
- Bücher, Zeitschriften	1.708,09
- Kosten des Zahlungsverkehrs	3.734,35
- Rechts- und Beratungskosten	15.642,56
- Abschluss- und Prüfungskosten	36.822,78
- Miete/Wartung Geräte und Einrichtungen	25.929,10
- Unterhaltung Sportgeräte	2.754,14
- Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1,00
- übrige sonstige Aufwendungen	<u>13.691,11</u>
	<u><u>353.796,15</u></u>

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 19

	2015 EUR	2014 EUR
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.129,10	12.159,64
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Zinserträge Kontokorrent	<u>2.129,10</u>	
	<u>2.129,10</u>	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.948.552,55	1.988.373,81
<u>Zusammensetzung:</u>		
- Zinsaufwendungen aus Darlehen	<u>1.948.552,55</u>	
	<u>1.948.552,55</u>	
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	535.229,62	48.464,82
9. Sonstige Steuern	1.053,76	1.090,14
Ausgewiesen ist die Kfz-Steuer.		
10. Jahresgewinn	534.175,86	47.374,68

E. Ergänzende Angaben

Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden:

- entfällt

Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten:

- entfällt

Derivative Finanzinstrumente:

In 2010 hat der ESG einen Darlehensvertrag über TEUR 3.923 abgeschlossen. Dieser Kredit ist bis zum 30. Dezember 2020 mit einem bis dahin unveränderlichen Zinssatz von 1,122 % p. a. zu verzinsen. Mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) wurde ein Zinssatz-Swap-Geschäft geschlossen, dieses hat dieselbe Laufzeit wie das Darlehen. Die LBBW zahlt variable Beträge basierend auf dem 3-Monats-EURIBOR, ein Spread ist nicht vorgesehen. Der ESG hingegen zahlt der LBBW vierteljährlich einen Festsatz von 3,26 % p. a. Das Swap-Geschäft dient der Sicherung des Zinses des Darlehens.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

	Durchschnitt 2015	Durchschnitt 2014
Anzahl Beamte	4	4
Anzahl Beschäftigte	<u>52</u>	<u>51</u>
Gesamtanzahl	<u>56</u>	<u>55</u>

Beschäftigungsbereiche:

- Kreiseigener Hochbau
- Schulen
- Hausmeisterdienste
- Schulverwaltung/-Sekretariate
- Reinigungs- und Küchenpersonal
- Kreismedienzentrum Ahrweiler

Wegen einer Statistik und weiterer Angaben zum Personalaufwand wird auf die entsprechenden Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung in Kapitel D. verwiesen.

Werkleitung:

Werkleiter: Jörg Hamacher, Amtsrat (ab 1.4.2014)

Stellvertreter: Michael Birkenbeil, Amtmann (ab 1.6.2014)

Die Werkleitung erhält keine gesonderte Vergütung. Die Aufgabenwahrnehmung ist durch die Besoldung im Hauptamt abgedeckt.

Werksausschuss:

Gemäß § 5 der Betriebssatzung entspricht die Mitgliederzahl des Werksausschusses der Anzahl der Mitglieder des Kreis- und Umweltausschusses. Den Vorsitz im Werksausschuss führt der Landrat.

Stimmberechtigte Mitglieder:

1. a) Becker, Markus, Bauingenieur (CDU)
b) Näkel-Surges, Ingrid, Studiendirektorin (CDU)
2. a) Denn, Lorenz, Bürgermeister a. D. (SPD)
b) Köhler-Regnery, Irmgard, Vermessungstechnikerin (SPD)
3. a) Hager, Charlotte, Hausfrau (CDU)
b) Zerwas, René, Industriefachwirt (CDU)
4. a) Hammer, Heinz-Peter, selbstständiger Friseurmeister (CDU)
b) Odenkirchen, Heinz-Detlef, Wirtschaftsförderer (CDU)
5. a) Heeb, Mathias, Angestellter Logistik (Bündnis 90/Die Grünen)
b) Dr. Bliss, Frank, Hochschullehrer (Bündnis 90/Die Grünen)
6. a) Heinzel, Winfried, Diplom Wirtschaftsinformatiker (Bündnis 90/Die Grünen)
b) Schlagwein, Wolfgang, Organisationsprogrammierer (Bündnis 90/Die Grünen)
7. a) Dr. Hüdepohl, Johannes, Chemiker (AfD) **(bis 9.10.2015)**
b) Petri, Stefan, Soldat (AfD) **(bis 9.10.2015)**
7. a) Marx, Hans-Josef, Beamter (FWG) **(ab 9.10.2015)**
b) Boes, Hans, Landwirtschaftsmeister (FWG) **(ab 9.10.2015)**
8. a) Korden, Michael, Volljurist (CDU)
b) Stratmann, Udo, Förderschuldirektor a. D. (CDU)
9. a) Ripoll, Christel, Hausfrau (CDU)
b) Schneider, Michael, Wissenschaftlicher Angestellter (CDU)
10. a) Schäfer, Jens, Geschichtswissenschaftlicher M.A. (SPD)
b) Hürter, Marcel, Diplom Volkswirt (SPD)
11. a) Schmitt, Christoph, Diplom Finanzwirt (FH) (SPD)
b) Jahr, Werner, Organisationsmanager (SPD)
12. a) Seifert, Jochen, Bauingenieur (FWG)
b) Marx, Hans-Josef, Beamter (FWG) **(bis 9.10.2015)**
b) Degen, Ralf, Versicherungskaufmann (FWG) **(ab 9.10.2015)**
13. a) Steinheuer, Christina, Journalistin (FDP)
b) van Bebber, Ulrich, Diplom Volkswirt (FDP)
14. a) Sundheimer, Karl-Heinz, Realschuldirektor a. D. (CDU)
b) Ernst, Guido, Mitglied des Landtages (CDU)

Elektronische Kopie

Anlage 3 / 22

Beratende Mitglieder (hinzutretende Beschäftigungsvertreter):

1. a) Schmelter, Klaus-Peter, Personalrat der Kreisverwaltung Ahrweiler
b) Müller, Burkhard, Personalrat der Kreisverwaltung Ahrweiler
2. a) Göbel, Claudia, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
b) Mayer, Anita, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
3. a) Moog, Cäcilia, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
b) Münch, Hans-Jürgen, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
4. a) Praml, Robert, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
b) Schäfer, Sylvia, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
5. a) Schmickler, Heiner, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement
b) Schmitz, Christine, Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement

Der Werksausschuss hat in 2015 insgesamt 8 Sitzungen abgehalten. Das als Aufwand gezahlte Sitzungsgeld betrug insgesamt EUR 11.546,88.

Das im Wirtschaftsjahr 2015 als Aufwand für den Abschlussprüfer erfasste Gesamthonorar beträgt rd. TEUR 37 (davon aus Vorjahren TEUR 16). Es entfällt in voller Höhe auf Abschlussprüfungsleistungen.

Folgende Anlagen sind - als Bestandteile des Anhangs - beigefügt:

- Forderungsspiegel
- Verbindlichkeitspiegel
- Entwicklung des Anlagevermögens

Bad Neuenahr-Ahrweiler, 15. August 2016

gez.
Jörg Hamacher
Werkleiter

Elektronische Kopie

Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler
 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

Entwicklung des Anlagevermögens im Wirtschaftsjahr 2015

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte		Kennzahlen		
	Stand	Zugang	Umbuchung	Abgang	Stand	Zugang	Abgang	Stand	Stand	1.1.2015	Durchschnittlicher Abschreibungs- ungssatz in %	Durchschnittlicher Restbuch- wert in %	
	1.1.2015				31.12.2015			1.1.2015	31.12.2015				31.12.2015
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände													
- entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.242.440,02	219.955,28	0,00	0,00	7.462.395,30	2.994.852,78	302.288,16	0,00	3.297.150,92	4.185.244,38	4.247.587,26	4,05	55,82
II. Sachanlagen													
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten													
a) Grundstücke mit Schulbauten	159.526.969,48	0,00	929.034,16	0,00	160.456.003,64	18.952.128,95	2.081.727,09	0,00	21.033.856,04	139.422.147,60	140.574.840,53	1,30	86,89
b) Grundstücke mit Dienst-, Geschäfts- und Betriebsbauten	15.265.410,71	0,00	0,00	0,00	15.265.410,71	6.381.545,38	208.477,54	0,00	6.590.022,92	8.675.387,79	8.883.865,33	1,37	56,83
2. Bauten auf fremden Grundstücken	174.792.380,19	0,00	929.034,16	0,00	175.721.414,35	25.333.674,33	2.290.204,63	0,00	27.623.878,96	148.097.535,39	149.458.705,86	1,30	84,28
3. Kunstgegenstände, Denkmäler	165.068,00	0,00	0,00	0,00	165.068,00	82.534,00	3.301,32	0,00	85.835,32	79.232,68	82.534,00	2,00	48,00
4. technische Anlagen und Maschinen, Fahrzeuge	147.531,80	0,00	0,00	0,00	147.531,80	38.737,80	10.818,00	0,00	49.555,80	97.976,00	108.794,00	7,33	66,41
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	589.218,92	0,00	0,00	0,00	589.218,92	199.162,08	36.425,74	0,00	235.587,82	353.631,10	390.056,84	6,18	60,02
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7.278.370,09	459.924,06	0,00	55.574,20	7.682.719,95	4.394.010,49	494.442,12	29.119,48	4.859.333,13	2.823.386,82	2.884.359,60	6,44	36,75
	947.584,03	1.820.703,89	-929.034,16	9.472,40	1.629.781,36	0,00	0,00	0,00	0,00	1.629.781,36	947.584,03	0,00	100,00
	183.920.153,03	2.080.627,95	0,00	65.046,60	185.935.734,38	30.048.118,70	2.835.191,81	29.119,48	32.854.191,03	153.081.543,35	153.872.034,33	1,52	82,33
III. Finanzanlagen													
- Anteile an verbundenem Unternehmen	27.000,00	0,00	0,00	0,00	27.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.000,00	27.000,00	0,00	100,00
	191.188.593,05	2.300.593,23	0,00	65.046,60	193.425.129,68	33.042.971,46	3.137.489,97	29.119,48	36.151.341,95	157.273.787,73	158.146.621,59	1,62	81,31

**Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler
Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015**

Forderungsspiegel zum 31. Dezember 2015

	Gesamt- betrag 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit			Restlaufzeit bis 1 Jahr Vorjahr
		bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Forderungen an den Einrichtungsträger	760.775,74	760.775,74	0,00	0,00	0,00
Forderungen an das Land	120.421,00	70.421,00	50.000,00	0,00	533.472,56
Forderungen an andere Gebietskörperschaften	542,54	542,54	0,00	0,00	4.995,00
sonstige Vermögensgegenstände	90.063,86	90.063,86	0,00	0,00	108.844,31
	971.803,14	921.803,14	50.000,00	0,00	647.311,87

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2015

	Gesamt- betrag 31.12.2015	davon mit einer Restlaufzeit			Restlaufzeit bis 1 Jahr Vorjahr
		bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.422.003,81	6.619.854,75	23.001.594,95	21.800.554,11	1.799.492,96
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	792.721,56	792.721,56	0,00	0,00	735.541,40
Verbindlichkeiten gegenüber dem Einrichtungsträger	206.779,37	9.577,94	38.311,74	158.889,69	2.017.346,09
Verbindlichkeiten gegenüber dem Land	0,00	0,00	0,00	0,00	269.289,56
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Gebietskörperschaften	644.160,76	50.775,56	199.741,59	393.643,61	51.227,59
sonstige Verbindlichkeiten	1.288,01	1.288,01	0,00	0,00	25.830,77
	53.066.953,51	7.474.217,82	23.239.648,28	22.353.087,41	4.898.728,37

Zu den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen branchenübliche Eigentumsvorbehalte.

Sämtliche übrigen Verbindlichkeiten, insbesondere die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, sind nicht besichert.

Lagebericht der Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler, Bad Neuenahr-Ahrweiler,

für das Wirtschaftsjahr 2015

I. Grundlagen des Betriebes

1. Gegenstand und Zweck der Einrichtung

Übernahme und Ausführung der vom Landkreis Ahrweiler wahrzunehmenden Aufgaben aus der Schulträgerschaft und Schulverwaltung sowie der Bau, die Gebäudeunterhaltung und Bewirtschaftung der dem Landkreis gehörenden bzw. ihm durch Vertrag zur Nutzung überlassenen Gebäude und Grundstücke.

Die Anwendung der Gemeindeordnung (GemO) und des Eigenbetriebs und Anstaltsverordnung (EigAnVO) Rheinland-Pfalz sowie die Bestimmungen der Betriebssatzung sind Grundlage des Eigenbetriebs.

2. Entwicklung

Die Erarbeitung und Definition zukunftsorientierter Ziele ist eine der Kernaufgaben der Werkleitung und erfolgt in enger Abstimmung mit der Verwaltungsführung und den Kreisgremien.

II. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes voraussichtlich zu erwartenden Kosten erfahren einen Ausgleich durch vom Landkreis Ahrweiler zu leistenden Entgelte für selbst genutzte Grundstücksflächen, Gebäude und Räume sowie weiterer, in Ausübung der Schulträgerschaft anfallenden Miet- und Raumkosten für Schulgebäude und Räume.

2. Verlauf des Geschäftsjahres

Neben einer Vielzahl von Unterhaltungsmaßnahmen im Gebäudebestand wurde das Bewegungsbad an der Levana-Schule im Mai 2015 in Betrieb genommen. Darüber hinaus erfolgte die Umsetzung des ersten Bauabschnitts zur energetischen Sanierung der Berufsbildenden Schule.

Ein wesentlicher Aufgabenschwerpunkt im Bereich des Gebäudemanagement bildet nach wie vor die Umsetzung der im Jahr 2012 durchgeführten Gefahrenverhütungsschau an den kreiseigenen Gebäuden. Im vergangenen Geschäftsjahr wurden im Bereich der Unterhaltungsmaßnahmen rd. 158.000,00 Euro zur Gefahren- und Krisenprävention verausgabt. Die durchzuführenden Maßnahmen werden sich umfang- und planungsbedingt teilweise noch bis in die Folgejahre erstrecken.

Elektronische Kopie

Anlage 6 / 2

Eine Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung ergibt im Einzelnen folgendes Bild:

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge um rd. 215.000,00 Euro.

Der Personalaufwand erhöhte sich um rd. 45.000,00 Euro und blieb mit rd. 1.884.000,00 Euro auf Vorjahresniveau.

Gleiches gilt für die Abschreibungen, die mit rd. 3.137.000,00 Euro um rd. 47.000,00 Euro gestiegen sind. Dies resultiert u. a. aus der Aktivierung des Bewegungsbades nach der Fertigstellung.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich im Saldo um rd. 334.000,00 Euro. Hierbei handelt es sich um die Kosten für den Betrieb, die Unterhaltung sowie Bewirtschaftung des Gebäudebestands, den Schulbetrieb sowie sonstige Aufwendungen. Diese Position der Gewinn- und Verlustrechnung bildet mit rd. 5,8 Mio. Euro die Kerntätigkeit des Eigenbetriebes ab. Die saldierte Reduzierung des Aufwands ist das Ergebnis einer Verschiebung der Bautätigkeit in den Bereich von Investitionsmaßnahmen, was dazu geführt hat, dass die Kosten für projektierte Unterhaltungsaufwendungen rd. 534.000,00 Euro unter dem Jahresergebnis 2014 liegen. Dagegen stiegen die Miete und die Betriebskosten für die IGS Remagen durch das Aufwachsen um einen weiteren Jahrgang um rd. 167.000,00 Euro.

Nachdem im Jahr 2014 noch 12.000,00 Euro an Zinserträgen verzeichnet werden konnten, führten die in 2015 weiterhin gesunkenen Zinssätze zu verminderten Zinseinnahmen von 2.000,00 Euro. Der zu leistende Zinsaufwand für Investitionsfinanzierungen verringerte sich um 40.000,00 Euro als Folge des sinkenden Zinsanteils bei den Annuitätendarlehen.

Im Saldo aller Aufwendungen und Erträge beträgt der Jahresgewinn 2015 rd. 534.000,00 Euro.

3. Lage

Die Lage des Eigenbetriebes ist nach wie vor gut.

a) Finanzlage

Die Finanzlage ist stabil und darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfristen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen.

Die Forderungen gegen das Land liegen zum Bilanzstichtag bei rd. 120.000,00 Euro. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um bewilligte, aber noch ausstehende Zuwendungen für die Einrichtung des Bewegungsbades an der Levana-Schule über 70.000,00 Euro sowie um Zuwendungen für den Nottreppenturm am Rhein-Gymnasium über 40.000,00 Euro.

Die Forderungen an den Einrichtungsträger, den Kreis Ahrweiler, resultieren aus der Einbeziehung des Bankkontos des Eigenbetriebes in die Führung der Einheitskasse. Die Forderung beläuft sich zum 31. Dezember 2015 auf rd. 761.000,00 Euro. Dies entspricht im Wesentlichen dem Bankbestand.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten belaufen sich zum 31. Dezember 2015 auf rd. 51,4 Mio. Euro. Im vergangenen Jahr musste - erstmals seit 2011 - wieder ein Investitionskredit zur Finanzierung des Bewegungsbades sowie des ersten Bauabschnitts der energetischen Sanierung der Berufsbildenden Schule aufgenommen werden.

Elektronische Kopie

Anlage 6 / 3

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr von 736.000,00 Euro auf 793.000,00 Euro. Dies ist diversen Bauvorhaben geschuldet. Hierbei handelt es sich um Rechnungen, deren Fälligkeit nach dem Bilanzstichtag liegt.

Die Tilgung der Darlehen des Landes aus dem Konjunkturprogramm II erfolgte in Höhe von 269.000,00 Euro. Die Gesamttilgung wurde 2015 abgeschlossen.

Die Verbindlichkeit gegenüber der Verbandsgemeinde Adenau aus Übernahme der Realschule plus und Fachoberschule Adenau beläuft sich auf 644.000,00 Euro. Hier erfolgte in 2015 eine planmäßige Zahlung in Höhe von rd. 51.000,00 Euro.

b) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Eigenbetriebes ist stabil. Die Anlagenintensität beträgt 99,4 % nach 99,6 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich von 26,5 % auf 26,9 %. Die Fremdkapitalquote stieg auf 33,7 % nach 33,6 % am 31. Dezember 2014.

III. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Die in 2013 aktualisierte Schulentwicklungsprognose bis zum Schuljahr 2018/2019 kommt zu dem Schluss, dass die künftigen Rückgänge der Schülerzahl in den Grundschulen den Landkreis Ahrweiler als Schulträger vor große Herausforderungen stellen werden. Die Bewältigung der Folgen der demografischen Entwicklung wird in den kommenden Jahren einen Aufgabenschwerpunkt bilden.

Für das Schuljahr 2016/2017 stellt sich die Entwicklung der Schülerzahlen in den kreiseigenen Schulen wie folgt dar:

weiterführende Schulen	Anmeldezahlen Klasse 5 Schuljahr 2016 / 2017	Ist-Zahlen Klasse 5 Schuljahr 2015 / 2016
Are	114	95
PJG	88	102
EKG	62	71
RGS	97	101
IGS	100	99
v.B. RS+ AW	77	91
RS+ Adenau	54	62
FOS Adenau	57	42

Die Nachfrage nach gymnasialen Schulplätzen liegt kreisweit in ihrer Gesamtzahl der Anmeldungen um 8 Schulplätze unter Vorjahresniveau. Die zum 1. August 2013 eingerichtete Integrierte Gesamtschule Remagen konnte für das neue Schuljahr alle Schulplätze vergeben. Die Anmeldezahl der Fachoberschule Adenau liegt 15 Schulplätze über dem Vorjahr. Ein deutlicher Rückgang der Anmeldezahlen ist im Bereich der Realschulen Plus zu verzeichnen. Insgesamt liegt hier die Anmeldezahl um 22 unter dem Vorjahr.

Im Bereich der Förderschulen liegen die voraussichtlichen Gesamtschülerzahlen im kommenden Jahr etwas unter dem derzeitigen Stand.

Förderschulen	voraussichtliche Gesamtschülerzahl Schuljahr 2016 / 2017	Gesamtschülerzahl Schuljahr 2015 / 2016
Burgweg-Schule	50	45
Don-Bosco-Schule	145	158
Janusz-Korczak-Schule	107	102
Levana-Schule	75	72
Nürburgring-Schule	25	27

Die Umsetzung des *Landeskonzepthes zur Weiterentwicklung der Inklusionen im schulischen Bereich* und das in diesem Zusammenhang ab dem 1. August 2014 normierte Wahlrecht der Eltern, die nun zwischen Förderschulen und inklusiven Angeboten an Regelschulen wählen können, hat bislang nach wie vor keine Auswirkungen auf die Anmeldezahlen in den Förderschulen gehabt.

Bereits im Vorgriff auf die neuen Regelungen des Schulgesetzes wurden der Integrierten Gesamtschule Remagen zum 1. August 2014 die Aufgaben einer Schwerpunktschule übertragen. Da das Gebäude weitestgehend behindertengerecht ausgebaut ist, hat dies bislang keine baulichen Änderungen erforderlich gemacht. Soweit sich zusätzliche Kosten durch die Notwendigkeit von weiteren Integrationshelfern ergeben, betrifft dies den Landkreis Ahrweiler als Sozialhilfeträger und berührt daher den Geschäftsbetrieb des Eigenbetriebes nicht.

Der Themenkomplex der schulischen Inklusion, die Einrichtung von Schwerpunktschulen sowie die organisatorische Ansiedlung von sog. „Förder- und Beratungszentren“ für den Förderschulbereich wird den Schulträger in den kommenden Jahren in schulorganisatorischer Hinsicht beschäftigen.

Der Betrieb und die laufende Unterhaltung der Schulgebäude wird sich nach wie vor im Wesentlichen auf bauliche Gefahr- und Krisenpräventionsmaßnahmen sowie die laufende Instandhaltung an den Gebäude beschränken. Nach Fertigstellung des therapeutischen Bewegungsbades an der Levana-Schule sind keine weiteren Neubaumaßnahmen im Bereich der Schulen erforderlich. In wieweit bauliche Maßnahmen zum behindertengerechten Ausbau der Regelschulen notwendig werden, ist derzeit in keiner Weise absehbar.

Zwischenzeitlich ist eine bauliche Bestandsaufnahme aller kreiseigenen Gebäude erfolgt. Aufbauend auf den daraus gewonnenen Erkenntnissen soll ein „Bauerhaltungsprogramm“ entwickelt werden, das den mittelfristigen Fahrplan für die Unterhaltungsmaßnahmen an den kreiseigenen Gebäuden festlegt. Dies wird voraussichtlich im kommenden Jahr der Fall sein.

Eine seitens der Bauaufsicht in 2012 an sämtlichen Kreisschulen erfolgte Gefahrenverhütungsschau zieht außerdem Investitionen und Baumaßnahmen in einer Größenordnung von rund 1,5 Mio. Euro nach sich. Diese Maßnahmen befinden sich seit dem Jahr 2013 in der sukzessiven Planung und Umsetzung. Die letzten großen Maßnahmen, d. h. die Sicherstellung des 2. baulichen Rettungsweges durch Bau von zusätzlichen Fluchttreppen befindet sich in der Umsetzung.

Aufgrund ausgeschöpfter Raumreserven erwägt der Kreis den Bau eines Erweiterungsgebäudes. Der Werksausschuss des Eigenbetriebes Schul- und Gebäudemanagement hat beschlossen, dass zunächst der exakte Flächenbedarf und die organisatorische Raumplanung an Büros und Nebenräumen für das Erweiterungsgebäude ermittelt werden. Hierzu wurden der RheinAhrCampus Remagen und die Planung-Organisation-Technik Beratungsteam GmbH (POT) aus Linden beauftragt. An den Ergebnissen, die derzeit noch nicht vorliegen, werden sich das benötigte Bauvolumen, die baurechtlichen Fragen und der weitere zeitliche Fahrplan orientieren.

Es sind keine Anhaltspunkte erkennbar, die die Geschäftstätigkeit des Eigenbetriebes nachhaltig negativ beeinflussen.

V. Risikobericht

Die vom Landkreis Ahrweiler aus der Schulträgerschaft und der Schulverwaltung übertragenen Aufgaben werden vom Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement auch weiterhin ausgeführt.

Da die hierbei entstehenden Kosten einen vertraglichen festgeschriebenen Ausgleich durch den Landkreis erfahren, sind Risiken in der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes auszuschließen.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Eigenbetrieb bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsziele gezahlt.

Die Forderungen der Gesellschaft bestehen überwiegend gegenüber dem Einrichtungsträger sowie dem Land Rheinland-Pfalz und nur zu einem geringen Anteil aus Forderungen an die Eltern von Schülern welche i. d. R. aus der Abrechnung von Mittagsverpflegung stammen.

Risiken bestehen insofern keine, Absicherungen sind nicht erforderlich.

Bad Neuenahr-Ahrweiler, 15. August 2016

gez.
Jörg Hamacher
Werkleiter

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Grundlagen

1. Gesellschaftsrechtliche Verhältnisse

Name:	Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler
Rechtsform	Eigenbetrieb gemäß § 86 GemO (wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) des Landkreises Ahrweiler, der geführt wird nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz in Verbindung mit der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung für das Land Rheinland-Pfalz sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung.
Sitz:	Bad Neuenahr-Ahrweiler
Betriebssatzung:	Gültig in der Fassung vom 19. August 2008
Gegenstand und Zweck des Eigenbetriebs:	Die vom Landkreis wahrzunehmenden Aufgaben aus der Schulträgerschaft und Schulverwaltung sowie der Bau, die Gebäudeunterhaltung und Bewirtschaftung der dem Landkreis gehörenden bzw. ihm durch Vertrag zur Nutzung überlassenen Gebäude und Grundstücke.
Wirtschaftsjahr:	Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.
Stammkapital:	EUR 25.000,00 gemäß § 3 der Betriebssatzung.
Organe:	<ul style="list-style-type: none">- der Kreistag- der Werksausschuss- der Landrat- die Werkleitung

- Kreistag:** Der Kreistag beschließt über alle Angelegenheiten, die ihm nach § 25 Abs. 2 LKO und § 2 EigAnVO vorbehalten sind und die nicht übertragen werden können.
- Werksausschuss:** Die Anzahl der Mitglieder des Werksausschusses entspricht der Anzahl der Mitglieder des Kreis- und Umweltausschusses (§ 5 Abs. 1 Betriebssatzung). Für jedes Mitglied ist ein Stellvertreter bestellt.
- Landrat:** Der Landrat ist Dienstvorgesetzter der Bediensteten des Eigenbetriebs sowie Dienstvorgesetzter und Vorgesetzter der Werkleitung. Er führt im Werksausschuss den Vorsitz.
- Werkleitung:** Der Werkleiter wird vom Landrat mit Zustimmung des Kreistages bestellt.
- Der Werkleiter leitet den Eigenbetrieb im Rahmen der EigAnVO, der Betriebssatzung, der Beschlüsse des Kreistages und des Werksausschusses sowie der Weisungen des Landrats in eigener Verantwortung.
- Der Werkleiter ist Vorgesetzter aller Bediensteten, die im Eigenbetrieb beschäftigt sind.
- Werkleiter ist seit dem 1. April 2014 Herr Amtsrat Jörg Hamacher
- Stellvertretender Werkleiter ist seit dem 1. Juni 2014 Herr Amtmann Michael Birkenbeil.
- Leitung:** Die Leitung des Eigenbetriebes obliegt dem Werkleiter.
- Vorjahresabschluss:** In der Sitzung des Kreistages vom 9. Oktober 2015 wurden folgende Beschlüsse gefasst:
- Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015
Ausschüttung des Jahresgewinns des Wirtschaftsjahres 2014 in Höhe von EUR 47.347,68

2. Wirtschaftliche Grundlagen

Der Eigenbetrieb Schul- und Gebäudemanagement Landkreis Ahrweiler ist zuständig für die Bewirtschaftung und Unterhaltung der folgenden Bereiche:

- die dreizehn kreiseigenen Schulen
- zwei zur Nutzung überlassene Schulen
- das Verwaltungsgebäude der Kreisverwaltung
- das Nebengebäude der Kreisverwaltung
- das Gesundheitsamt (Mietobjekt)
- der Turm „Hohe Acht“
- die auf das Anlagevermögen entfallenden Verbindlichkeiten

Der Eigenbetrieb ist als alleiniger Gesellschafter beteiligt an folgendem verbundenen Unternehmen:

- Solarstrom Ahrweiler GmbH, Bad Neuenahr-Ahrweiler

Gemäß § 1 Abs. 6 der Satzung verfolgt der Eigenbetrieb keine Gewinnerzielungsabsicht. Entsprechend der Vereinbarung vom 2. Januar 2009 werden die zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen finanziellen Mittel durch den Landkreis in Höhe der jährlichen ungedeckten Aufwendungen des Eigenbetriebs zur Verfügung gestellt. Hierauf sind monatlich im Voraus angemessene Abschlagszahlungen zu leisten, die anhand des jeweiligen Wirtschaftsplans festgelegt werden.

3. Steuerliche Verhältnisse

Der ESG wird beim Finanzamt Bad Neuenahr-Ahrweiler unter der Ordnungs-Nr. 2701/000665507442 geführt. Er ist als Träger hoheitlicher Aufgaben grundsätzlich nicht steuerpflichtig.

Lediglich bei Gewinnausschüttungen der Solarstrom Ahrweiler GmbH besteht eine beschränkte Steuerpflicht.

PRÜFUNG DER ORDNUNGSMÄSSIGKEIT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND DER WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE NACH § 53 HGrG (IDW PS 720)

1. Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Die Aufgabe der Geschäftsführung obliegt dem Werkleiter, der im Hauptamt Beamter des Landkreises Ahrweiler ist. Insoweit unterliegt er im Innenverhältnis den Organisationsstrukturen der Kreisverwaltung Ahrweiler unter Beachtung der dort aufgestellten Regelungen und Anweisungen. Der Landrat, der Kreistag des Landkreises Ahrweiler sowie der Werksausschuss als Organe des Eigenbetriebes agieren unter Beachtung der Landkreisordnung (LKO) und der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (EigAnVO).

Ein Geschäftsverteilungsplan für den ESG liegt vor, er wird bei Bedarf jährlich aktualisiert.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

Im Jahr 2015 fanden vier Sitzungen des Kreistages sowie acht Sitzungen des Werksausschusses statt. Von allen Sitzungen liegen Niederschriften vor.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Es bestehen nach uns erteilter Auskunft keine Aufsichtsratsmandate.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Werkleitung erhält keine gesonderte Vergütung, die Aufgabenwahrnehmung ist durch die Besoldung im Hauptamt abgedeckt.

2. Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind, wird danach verfahren und erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Die Zuständigkeiten ergeben sich aus dem Geschäftsverteilungsplan des ESG, seine Überprüfung/Aktualisierung erfolgt jährlich.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Abweichungen von diesen Organisationsvorgaben sind im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die für die Kreisverwaltung Ahrweiler geltenden Regelungen finden entsprechend für den Eigenbetrieb Anwendung.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Entsprechende Regelungen finden sich in der Betriebssatzung und im Geschäftsverteilungsplan des Eigenbetriebs. Anhaltspunkte für deren Nichteinhaltung sind uns nicht bekannt geworden.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Alle Verträge befinden sich in einer geordneten Ablage.

3. Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Anforderungen des ESG.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Die Werkleitung überprüft regelmäßig die Abwicklung des Wirtschaftsplans und veranlasst bei Bedarf eine Fortschreibung durch Nachtragswirtschaftspläne.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Die Organisation und der Umfang von Rechnungswesen und Kostenrechnung entsprechen den Erfordernissen des Betriebs.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Neben der betrieblichen Steuerung durch die Werkleitung erfolgen Liquiditätskontrolle und Kreditverwaltung zentral durch die Finanzwirtschaft des Landkreises.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Für den Landkreis und seine Sondervermögen wird eine Einheitskasse geführt. Es haben sich keine Anhaltspunkte für eine Nichteinhaltung der hierfür geltenden Regelungen ergeben.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Das Mahnwesen für Forderungen gegenüber Dritten wird von der Kreiskasse der Kreisverwaltung Ahrweiler wahrgenommen, die Mietabrechnungen mit dem Kreis erfolgen regelmäßig.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?

Der Eigenbetrieb erfordert kein gesondertes Controlling. Wir verweisen ergänzend auf 3b) und 3c).

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die Geschäftsführung der Solarstrom Ahrweiler GmbH erfolgt durch einen Bediensteten des Eigenbetriebs im Hauptamt und unterliegt somit den rechtlichen Vorgaben beamteter Mitarbeiter des ESG. Die GmbH wickelt ihre finanziellen Transaktionen über die Einheitskasse der Kreisverwaltung ab, wodurch der ESG ebenfalls eine Überwachungsmöglichkeit erhält.

4. Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Wirtschaftliche bestandsgefährdende Risiken können durch das Rechnungswesen und die Kostenrechnung kontrolliert und erkannt werden.

Technische bestandsgefährdende Risiken an den Gebäuden werden durch regelmäßige Kontrollen der Objekte überwacht.

Ein über diese Einzelmaßnahmen hinausgehendes strukturiertes Risikofrüherkennungssystem mit definierten Frühwarnsignalen besteht nicht.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen sind nach unserer Einschätzung geeignet, wesentliche Risiken frühzeitig zu erkennen, sie werden auskunftsgemäß regelmäßig durchgeführt.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Die kaufmännische Überwachung ist dokumentiert, die technische Überwachung der Gebäude erfolgt regelmäßig. Dies wird auskunftsgemäß nur im Einzelfall dokumentiert.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Es erfolgt ein regelmäßiger Austausch zwischen Sachbearbeiter und Werkleitung. Ein standardisiertes Verfahren wäre der Größe des ESG nicht angemessen.

5. Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?

Schriftliche Regularien über den Einsatz von Finanzinstrumenten liegen nicht vor.

- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Im Wirtschaftsjahr 2010 wurde bei der Kreissparkasse Ahrweiler ein Darlehensvertrag über TEUR 3.923 abgeschlossen. Die Auszahlung erfolgte zu 100 %. Bis zum 30. Dezember 2020 ist das Darlehen mit einem bis dahin unveränderlichen Zinssatz von 1,122 % p. a. zu verzinsen. Mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) wurde ein Zinssatz-Swap-Geschäft geschlossen. Dieses hat dieselbe Laufzeit wie das Darlehen bei der Kreissparkasse Ahrweiler und endet am 30. Dezember 2020. Die LBBW zahlt variable Beträge basierend auf dem 3-Monats-EURIBOR. Ein Spread ist nicht vorgesehen. Der ESG hingegen zahlt der LBBW vierteljährlich einen Festsatz von 3,26 % p. a. Das Swap-Geschäft dient der Sicherung des Zinses des Darlehens. Die Fälligkeiten des Grund- und Sicherungsgeschäfts sind identisch. Die Voraussetzungen zur Bildung einer Bewertungseinheit sind erfüllt.

Weitere Finanzinstrumente bestehen auskunftsgemäß nicht.

- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?

- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Zu c) bis f): Da es sich bei dem einzigen Geschäft um eine geschlossene Position handelt, ist keine weitere Risikokontrolle erforderlich.

6. Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine eigenständige interne Revision des ESG besteht nicht. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), Koblenz, das Rechnungsprüfungsamt bei der Kreisverwaltung Ahrweiler sowie der Rechnungsprüfungsausschuss des Kreistages haben entsprechende Befugnisse. Die Beantwortung der nachfolgenden Fragen berücksichtigt diese Kontrollrechte.

- b) Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Die Gefahr von Interessenkonflikten besteht bei den Tätigkeiten der genannten externen Stellen nicht.

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Über Art und Umfang der Tätigkeiten liegen uns keine Informationen vor.

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Eine Abstimmung mit dem Abschlussprüfer ist nicht erfolgt.

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Über Art und Umfang der Tätigkeiten liegen uns keine Informationen vor.

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Hinweis auf die vorstehenden Antworten.

7. Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Entsprechende Hinweise liegen uns nicht vor.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es erfolgten keine derartigen Kreditvergaben.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Entsprechende Hinweise liegen uns nicht vor.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Entsprechende Hinweise liegen uns nicht vor.

8. Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Bedingt durch die gesetzlichen Vergabevorschriften (VOB/VOL), ist eine fundierte Planung zwingend. Die Finanzierung der im Berichtsjahr durchgeführten Maßnahmen erfolgt im erheblichen Umfang durch Landesmittel; auch hier ist eine exakte Investitions- und Finanzplanung Voraussetzung für eine Beantragung.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Entsprechende Hinweise liegen uns nicht vor.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Ja, es erfolgen regelmäßige Planüberwachungen, unterstützt durch die Kostenrechnung des ESG.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Nein.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Entsprechende Hinweise liegen uns nicht vor.

9. Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Hinweise auf offenkundige Verstöße gegen Vergabevorschriften erhalten.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Nicht den Vergaberegelungen unterliegt im ESG nur die Kapitalbeschaffung. Hier werden unter Beachtung von Vorgaben des Rechnungsprüfungsamtes der Kreisverwaltung Ahrweiler Konkurrenzangebote eingeholt.

10. Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Die regelmäßige Berichterstattung erfolgt in den Sitzungen des Kreistages und des Werksausschusses. Beide Gremien haben in 2015 wiederholt getagt, Hinweis auf Frage 1b).

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Ja, die Gremien wurden durch Sitzungsunterlagen und Berichterstattung umfangreich informiert.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen sind nicht festgestellt worden.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Im Berichtsjahr gab es über die in den Gremiensitzungen diskutierten Themen hinaus keine besondere Berichterstattung.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Eine gesonderte D&O- (Directors & Officers) Versicherung wurde nicht abgeschlossen. Versicherungsschutz besteht über die Eigenschadenversicherung des Landkreises.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?

Entsprechende Meldungen liegen im Berichtsjahr nicht vor.

11. Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Auffallend hohe oder niedrige Bestände sind nicht zu verzeichnen.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Die Bewertung der Vermögensgegenstände in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2009 entspricht den Bewertungsvorschriften der kommunalen Doppik. Durch die Zweckbindung der Immobilien des ESG ist ein Vergleich mit Verkehrswerten kaum möglich.

12. Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Der Eigenbetrieb erhält für seine laufende Tätigkeit monatlich im Voraus angemessene Nutzungsentgelte vom Landkreis. Die Investitionen werden durch Zuschüsse aus Landesmitteln und durch langfristige Bankkredite finanziert.

Die Kapitalstruktur setzt sich - unter Berücksichtigung dessen, dass der Sonderposten dem Eigenkapital zuzuordnen ist - zusammen aus 66,3 % Eigenkapital und 33,7 % Fremdkapital.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Nicht anwendbar.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Der Eigenbetrieb finanziert seine Investitionen zu einem wesentlichen Teil mit Fördermitteln. Diese werden durch Verwendungsnachweise abgerechnet. Es liegen uns keine Hinweise auf die Missachtung von Auflagen über die Mittelverwendung vor.

13. Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Die Eigenkapitalquote ist ausreichend, es ergeben sich keine Finanzierungsprobleme.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Im Berichtsjahr wird ein Jahresüberschuss ausgewiesen, über dessen Verwendung noch zu entscheiden ist.

14. Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Nicht anwendbar, es bestehen weder Segmente noch eine Konzernstruktur.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Die Leistungsbeziehungen zwischen dem ESG und dem Landkreis werden grundsätzlich ausreichend und angemessen vergütet.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Die Gesellschaft übt keine konzessionsfähigen Tätigkeiten aus.

15. Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung liegen keine verlustbringenden Geschäfte vor.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Nicht anwendbar, da ein Jahresgewinn erwirtschaftet wurde.

16. Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Nicht anwendbar, da ein Jahresgewinn erwirtschaftet wurde.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Nicht anwendbar.

für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.
- (4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen.

(3) Ausschlussfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

Elektronische Kopie

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrssteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.